

«Inhalte und Positionen.»»

Gesundheitspolitik

« Eigenverantwortung stärken, Kosten senken »

Demographieentwicklung und medizinischer Fortschritt sind in unserer Gesellschaft für die langfristigen Herausforderungen in der Gesundheitspolitik verantwortlich. Qualitativ hochstehende und allen Bürgerinnen und Bürgern zu einem vernünftigen Preis zur Verfügung stehende Gesundheitsleistungen sind das Ziel. Dabei sollen ein kontrollierter Wettbewerb und die Förderung der Eigenverantwortung aller Beteiligten die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen bremsen.

Die FDP fordert:

- Eine wettbewerbliche Vertragsfreiheit für Leistungserbringer und Versicherer unter Berücksichtigung von Rahmenbedingungen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit (zuerst im ambulanten, später auch im stationären Bereich).
- Den Übergang zum monistischen System in der Spitalfinanzierung. Indem anstelle der Spitäler die Behandlungsfälle subventioniert werden, wird Transparenz geschaffen und die Quersubventionierung zwischen Grund- und Zusatzversicherten reduziert.
- Die Erhöhung der Franchise und des Selbstbehalts für die Behandlung von geringfügigen Leiden (mit Obergrenze, um beispielsweise Chronischkranke nicht übermässig zu belasten). Dies trägt zur Stärkung des Kostenbewusstseins und der Eigenverantwortung der Versicherten bei.
- Hohe Wahlfranchisen sind mit entsprechenden Prämienrabatten zu belohnen.
- Fortführung der einkommensabhängigen Prämiensubventionierung für wirtschaftlich Schwächere. Diese schafft einen sozialen Ausgleich, damit insbesondere Familien mit Kindern nicht unverhältnismässig stark unter der Krankenkassenprämienbelastung leiden müssen.
- Die Förderung von Leistungserbringernetzwerken mit eigener Budgetverantwortung, da diese zur Qualitätssicherung, zur Kostenkontrolle sowie zur Förderung der Eigenverantwortung von Leistungserbringern und Versicherten beitragen.
- Wettbewerbliche Rahmenbedingungen für die Versicherer.
- Regelmässige und transparente Information der Versicherten durch die Krankenversicherer (Jahresrechnung, Reserven).
- Der Trend der Preissenkung im Bereich der Medikamente ist fortzusetzen, wobei hier in erster Linie beim Problem der Mengenausweitung angesetzt werden muss.
- Die Abgabe von Generika soll gefördert werden, deren Zwangsverschreibung wird abgelehnt.
- Eine Projektorganisation zur Umsetzung und Evaluation der politisch entschiedenen Strategien für das Schweizer Gesundheitswesen. Dabei soll ein nationaler Gesundheitsrat, in welchem alle im Gesundheitswesen beteiligten Akteure vereinigt sind, die Stossrichtung einer ganzheitlichen und den demographischen Herausforderungen unserer Gesellschaft Rechnung tragenden Gesundheitspolitik festlegen.

- Materieller Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen erhalten
*(jedoch 0,8% für IV-Sanierung),

Freisinnig-liberale Hauptziele: Das bestehende strukturelle Defizit ist bis 2007 ausgabenseitig eliminiert; die Fiskalquote steigt nicht.

5. Sozial- und Gesundheitspolitik

Rentensicherheit gewährleisten und Gesundheitskosten stabilisieren

Die freisinnig-demokratische Fraktion hat in der Sozial- und Gesundheitspolitik folgende Schwerpunkte:

Generell:

- Aufnahme einer umfassenden Generationenbilanz in die Sozial- und Finanzpolitik des Bundes zur Steigerung der Transparenz
- Gestaltung eines neuen Generationenvertrages, der den Interessen aller Generationen Rechnung trägt
- Grundlagen für eine mögliche Abtrennung der AHV/IV-Finanzierung vom Bundeshaushalt sind zu erarbeiten
- Bekämpfung der Schwarzarbeit, um den Entzug von Mitteln, welche für die Sozialpolitik bestimmt sind, zu verhindern

a. AHV:

- Annahme der 11. Revision der AHV (materiell)
- Grundsatzentscheide über die 12. AHV Revision bis 2007, insbesondere Beibehaltung des flexiblen Rentenalters 62/68 mit Anpassung der Renten und stärkerer Gewichtung der Beitragsjahre. Die Finanzierung soll bis 2025 (leistungs- und einnahmenseitig) gewährleistet werden.
- Anreize zum späteren Ausstieg aus dem Erwerbsleben (Teilzeitarbeit von Rentnern)
- Verankerung der Ergänzungsleistungen in der BV

b. BVG:

- Unterstützung des ausserordentlichen Pakets mit den Sanierungsmassnahmen für die autonomen Kassen/Sanierung der öffentlichen Kassen, grundsätzlich auf der Basis ähnlicher Parameter, aber mit Berücksichtigung kantonaler und kommunaler Bedürfnisse
- Durchsetzung einer verbesserten und somit effizienten Aufsicht über die Pensionskassen
- weitere BVG-Revision mit realistischem Umwandlungssatz unter Berücksichtigung und/oder Prüfung folgender Ziele: klare Trennung zwischen Versicherungsteil und an die Kapitalmärkte gebundener Teil; flexiblere Vorsorgepläne sowie klar definiertes Mitspracherecht für die Versicherten; arbeitsmarktgerechte Ausgestaltung der 2. Säule
- Freiwillige Vorsorge (3.Säule 3a) auf für Nicht-Erwerbstätige

c. IV:

- 5. IV-Revision mit substanziellen Einsparungen: zügige Nachprüfung aller IV-Renten (durch unabhängige Experten), stringente, gegenüber heute verschärfte Rentenzusprachekriterien, nur befristete Rentenzuteilung, mit periodischer Nachprüfungspflicht. Kostenpflichtigkeit der Einsparungen. Mitwirkungspflicht der IV-Rentner. Sanierungsbeiträge verknüpft mit Leistungskorrekturen im Rahmen 5. IV-Revision
- Deregulierung des Beschaffungsmarktes für Hilfsmittel
- Überprüfung der Nutzung von Sonderschulen im Vergleich zur Regelschule

d. KVG:

- Finanzierung der Pflege unter Einschluss der andern Sozialwerke bzw. Abgrenzung zu nicht-medizinischen Altersleistungen
- Rasche Vorbereitung der nächsten Revision mit einer Reform der Anreize (anstatt Ärztestopp Einführung der Vertragsfreiheit unter entsprechenden Rahmenbedingungen (Versorgungssicherheit, Qualität, Wirtschaftlichkeit), Übergang zur monistischen Spitalfinanzierung unter Einbezug der Kantone, Ausbau der Anreize für die Versicherten: Franchisen/Selbstbehalt, freiwillig erhöhte Selbstbeteiligung mit entsprechendem Prämienrabatt)
- Bessere Kontrollmöglichkeiten und wirksamere Sanktionen für Leistungserbringer
- Gleich lange Spiesse für öffentliche und private Trägerschaften
- Konsequente Ausrichtung des Leistungskataloges auf die gesetzlichen Kriterien wirksam, zweckmässig, wirtschaftlich.
- Senkung der Medikamentenkosten (adäquate Nutzung der Medikamente, Einsatz von Generika, wo medizinisch adäquat)
- Einführung einer Gesundheitskarte
- Landesweite Planung der hochspezialisierten Medizin

e. Mutterschaftsurlaub

- Unterstützung der EO-Revision (Mutterschaftsurlaub)

Freisinnig-liberales Hauptziel: Langfristige Finanzierbarkeit der Sozialwerke gewährleisten durch Konsolidierung des heute bestehenden sozialen Netzes.

6. Staat

Rasche Durchführung einer parallelen Regierungs- und Verwaltungsreform

Eine Regierung statt sieben Departemente

- Die Regierungsreform muss die Effizienz der Regierung als Gremium fördern
- Das Amt des Bundespräsidenten muss gestärkt werden
- Die Funktion des Departementschefs muss derjenigen des Regierungsmitglieds untergeordnet werden:
- Die Regierungsreform muss die Exekutive in die Lage versetzen, die Richtlinien der Verwaltungstätigkeit zu erlassen

Verwaltungsreform

- Führung mittels Globalbudgets
- Eliminierung doppelter Kompetenzen
- Vereinfachung der interdepartementalen Verwaltungsprozesse

Durchsetzung des neuen Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA)

- weil das Reformpaket das geltende komplexe und teure Subventionssystem ablöst
- weil es die Grundlagen zur Erneuerung des Föderalismus legt und
- weil es erlaubt, die Randregionen durch die Gewährung von mehr Autonomie besser zu unterstützen

Die Kantone und die Regionen sollen selbst darüber entscheiden können, wie und mit welchen Projekten sie ihre eigene Entwicklung gestalten wollen

Freisinnig-liberales Hauptziel: Der NFA ist 2010 vollständig in Kraft.